

Antrag 73/II/2021**AG 60plus + AG Selbst Aktiv****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion (Konsens)****Den Antrag 122/II/2018 (Krankenhauseinweisung ohne Krankenkassenstempel) endlich umsetzen**

1 Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und die
2 SPD-Mitglieder des Senats werden aufgefordert, die zu-
3 ständigen Stellen zu veranlassen, dass der Antrag der AG
4 60plus Berlin (122/II/2018), der auf unserem Landespar-
5 teitag am 16./17. November 2018 im Konsens angenom-
6 men und anschließend an den Senat überwiesen wur-
7 de, endlich umgesetzt wird. Dies erfordert eine Änderung
8 der Verwaltungsvorschriften für ärztliche Krankenhau-
9 einweisungen, nach der bislang eine vom Arzt ausgestell-
10 te Krankenhauseinweisung noch zusätzlich der Kranken-
11 kasse vorgelegt werden muss, obwohl die Krankenkasse
12 dann auf der Krankenhauseinweisung keine Kostenüber-
13 nahmeerklärung erteilt, sondern lediglich bestätigt, dass
14 der Patient Mitglied der jeweiligen Krankenkasse ist.

15

16 Begründung

17 Die eigentliche Kostenübernahme wird stets erst im
18 Nachgang im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zw-
19 ischen dem zugelassenen Krankenhaus und der Kranken-
20 kasse geprüft. Insbesondere in der Pandemie, während
21 der die meisten Krankenkassen-Servicestellen für den Pu-
22 blikumsverkehr geschlossen sind, führt die Berliner Pra-
23 xis der Einholung eines Stempels oftmals zu unsäglichen
24 Erschwernissen für die Patienten vor ihrer Aufnahme ins
25 Krankenhaus.

26

27 Jedoch alleine schon durch die Vorlage der gültigen Versi-
28 chertenkarte beim einweisenden Arzt und daraufhin des-
29 sen Ausstellung der Krankenhauseinweisung ist hinrei-
30 chend dokumentiert, dass der Patient Mitglied der auf der
31 Krankenhauseinweisung aufgeführten Krankenkasse un-
32 ter der aufgeführten Krankenversicherungsnummer ist.

33

34 Alle Bundesländer bis auf Berlin und Brandenburg ha-
35 ben sich längst für ein alternatives Verfahren entschieden,
36 das zu einer gravierenden Entlastung sowohl der Patien-
37 ten, der Pflegedienste, der Krankenkassen und nicht zuletzt
38 auch der Ärzte und der Mitarbeiter in den Krankenkassen
39 geführt hat. Dabei sind diese alternativen Verfahren kos-
40 tenneutral, bürgerfreundlich und ein deutliches Zeichen
41 für den Willen zum Abbau unnötiger Bürokratie.